

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 21

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Der Staatsbesuch des holländischen Kronprinzenpaares



Oben: Die Ankunft der Kronprinzessin Juliana und des Prinzgemahls Bernhard in Genf, wo sich Bundesrat Petitpierre zu ihrer Begrüssung eingefunden hatte

Links: Nach dem Empfang der Vertreter der Schweizerpresse

Rechts: Die holländischen Gäste nach dem Empfang beim Bundesrat

Links: Das Kronprinzenpaar schreitet die Ehrenkompagnie ab, wobei die Schweizerfahne in ehrfurchtsvoller Weise begrüsst wurde



Montag, den 20. Mai, traf in Bern ein von Prinz Bernhard von den Niederlande gesteuertes Flugzeug ein, dem die Kronprinzessin Juliana, Prinz Bernhard und einige weitere Personen anstiegen. Sie wurden vom Bundesrat Petitpierre und vom Genfer Staatsrat empfangen und zu den Autos begleitet, die sie über Gemäss nach Bern führten. In Bern machte das Kronprinzenpaar erstmals Bekanntschaft mit bernischer Art, indem ihnen ein echt bernisches Mittagessen, mit Forellen und Salat serviert wurde. Die Prinzenmädchen überreichten Blumen und eine Anzahl holländischer Studenten, die gegenwärtig an der Universität Freiburg studieren, schenkte ihnen eine Ovation.

In Bern wurden die Gäste um 16.30 Uhr vom Bundesrat empfangen. Sie trafen im Automobil ein, schritten zusammen mit der Ehrenkompanie ab, wobei sich die Kronprinzessin der Schweizerfahne verbeugte und gelangten dann ins Bundeshaus zur Begrüssung durch die Landesregierung. Während dem darauffolgenden Empfang der Schweizer

in der Schweiz

Prinzen im Lohn in Kehrsatz, das prinzliche Paar während seinem Aufenthalt in Bern Wohnsitz hat, dankte die Kronprinzessin in ihrer einfachen und sympathischen Art die herzlichen Worten für die Hilfe, die die Schweiz während der Kriegsjahre und kurz nach der Befreiung dem holländischen Volke zuteil werden liess. Sie betonte vor allem, dass wir hier kaum ermessen können, wie gross und wohlwollend diese Hilfe war, weil sie gerade im richtigen Moment einsetzte, als die Not am grössten war. Eine Anzahl weiterer Fragen über die Reise, die Erziehung ihrer drei Töchterchen, das heutige Leben in Holland und anderes wurden in liebenswürdiger, ganz unzeremonieller Weise von dem Kronprinzenpaar beantwortet.

Der Staatsbesuch des äusserst sympathischen Kronprinzenpaares trägt bestimmt viel dazu bei, die schon bestehende Freundschaft zwischen Holland und der Schweiz noch zu vertiefen, und es bleibt zu hoffen, dass auch unsere holländischen Gäste die besten Eindrücke aus der Schweiz mit nach Hause bringen.

hkr.

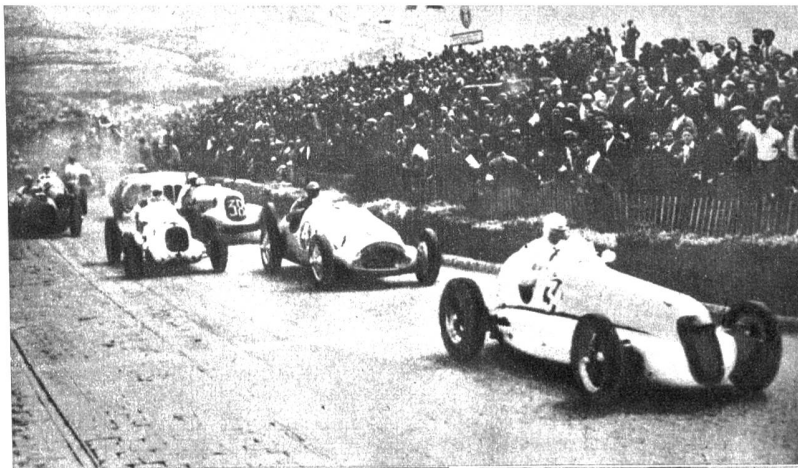


Bild links zeigt den Start zum «Grand Prix» in Marseille. Aus einem prächtigen Duell zwischen Sommer und Nuvolari, der zuletzt wegen Panne ausfiel, ging der Franzose Sommer auf Maserati als Tagessieger hervor. (Photopress)



Der Maestro in der Scala

Als Arturo Toscanini in der Mailänder Scala das grosse Symphoniekonzert leitete, war dies nicht nur eine künstlerische Sensation, sondern für ganz Italien eine nationale Angelegenheit, bedeutete es doch die Wiedergeburt der Freiheit in der Kunst Italiens. (ATP)



In Anwesenheit zahlreicher Vertreter eidgenössischer, kantonaler und städtischer Behörden wurde am Samstag das Museum zu Allerheiligen, welches anlässlich des amerikanischen Bombardements von Schaffhausen teilweise zerstört worden war, feierlich wiedereröffnet. — Unser Bild: Die Ehrengäste auf ihrem Rundgang durch das Museum von Allerheiligen vor dem Grabmal des Stifters von Allerheiligen, Graf Eberhard von Nellenburg, in der Erhardskapelle.

Rechts: Auf Einladung des Schweizerischen Roten Kreuzes, Kinderhilfe, ist ein erstes Kontingent kleiner Polen in der Schweiz eingetroffen. Die Kinder werden in Adelboden untergebracht. Unser Bild zeigt eine freundliche, hilfsbereite Geste einer Dame im Berner Bahnhof. (Photopress)



Die Armee sucht einen Artillerie-Schiessplatz

Nachdem die Erstellung des Grossflughafens Kloten beschlossene Sache ist und der Zürcher Artilleriewaffenplatz dem Flugplatz weichen muss, hat sich das Eidg. Militärdepartement für Ersatz umgesehen. Am Wochenende besichtigte der Chef des Eidg. Militärdepartementes zusammen mit den höchsten Kommandanten der Armee das Gebiet von Bière, um durch eine Erweiterung des bisherigen Artilleriewaffenplatzes das schwierige Problem lösen zu können.



POLITISCHE RUNDSCHAU

Desperados

-an- Es ist eine merkwürdige Sache um jene Menschen-sorte, die mit ihren Gedanken in der Luft der Theorien statt in der erdnahen Wirklichkeit wurzeln. Man kann sie nicht bekehren. Man kann ihnen den Blick für Tatsachen nicht beibringen. Man versucht umsonst, ihnen klar zu machen, dass man nicht «aus jedem Holz Pfeifen machen» könne. Vergeblich predigt man ihnen, am Nordpol wüchsen keine Palmen. Sie erzählen uns von künftigen Glashäusern am Nordpol, mit prächtigem Palmenwuchs. Aber dass bis dahin Menschenalter vergehen können, rechnen sie nicht. Und sagt man ihnen, Eisbären würden in der Sahara zuschanden gehen, werfen sie uns bösen Willen und unheilbare Borniertheit vor. Auf die Politik übertragen: *Unsere PdA-Leute haben sich in den Kopf gesetzt, die Weltrevolution müsse demnächst kommen.* Ein halbes, ein ganzes Jahrzehnt — aber kommen werde sie sicher. *Der Kapitalismus werde den Zusammenbruch der Wirtschaft nach der heutigen Konjunktur nicht verhindern können.* Man müsse nur warten, bis es am Wiederaufbau nichts mehr zu verdienen gebe, und in wenigen Monaten stünden Millionen und aber Millionen von Arbeitern auf der Strasse, der Rest schufte unter Elendslöhnen, und obendrein kämen auch die Bauern unter den Karren, weil die landwirtschaftlichen Preise zusammenbrechen müssten. Alsdann sei die Ernte da. Vorderhand steht die Theorie der «sichern Revolution» auf diesen Thesen. Versagen sie, werden andere gefunden, die «beweisen», dass es so und nicht anders gehen werde.

Dabei sehen die Leute nicht, dass diese «Revolution» auf ganz andern als den russischen Wegen ihren wirklichen Gang geht. Genossenschaften, Versicherungen, staatliche Preisgarantien, Gesetze gegen die anarchischen Auswüchse der Wirtschaft, Vorlagen zum Schutze der nationalen Landwirtschaft, *Zusammenarbeit der Parteien auf Grund immer allgemeiner anerkannter sozialer Programme, neue Einsichten in der Lohnpolitik, Anerkennung der Tatsache, dass «wenn Bauer und Arbeiter Geld haben, die ganze Welt solches hat»,* ein Vorwärtsringen auf der ganzen Linie in eine neue organisierte, nicht mehr anarchische Wirtschaft hinein — nur nicht im Sinne der russischen Umstände von anno 1918, als der kaputte feudal-bürokratische Zarenstaat für Russland nichts übrig liess als die «rote Wirtschaft» oder nachtschwarze Reaktion!

Nun passiert der PdA der deutschen Schweiz das Malheur, dass einer der «Vorwärts»-Redaktoren ins Irrenhaus eingeliefert werden muss und dass der Direktor, der ehemalige «Nation»-Redaktor Surava-Hirsch wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung verhaftet wird. Flugs wird erklärt: Das ist ein Streich der Reaktion gegen die «Massenbewegung» der PdA. Genau als ob wir im Zarenreiche lebten und eine Ochranas hätten. Bundesrat von Steiger müsse den Volkszorn gegen Surava ablenken, den Volkszorn, der losbrechen würde, wenn man vernähme, wie man Minister Stucki in Neuyork die schweizerische Zusammenarbeit mit Hitler bewiesen habe. Fürwahr, wer so abseits unserer Wirklichkeit politisiert, dass er derlei Wahnvorstellungen erliegt, kann als erledigt gelten.

Einer gegen neun

In sämtlichen Betrachtungen über die Machtverhältnisse, die sich nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben, wird erwogen, dass eigentlich die Sowjetunion nur ein Zehntel der Weltbevölkerung in sich schliesse, oder dass sie immer noch gerade einen Sechstel der Erdoberfläche einnehme. Die andern Staaten, die heute mehr oder weniger unter angelsächsischer Botmässigkeit stehen, mäs-

sen insgesamt fünfmal mehr an Fläche und zählten neunmal mehr Einwohner als das russische Reich! Oft werden diese Zahlen herumgeboten mit der unbewussten Absicht, den Amerikanern und Engländern etwas mehr Härte gegen ihre frühern Verbündeten (oder sind sie's auch heute noch?) zu empfehlen. Ein andermal wird gesagt, dass dieses so ungleiche Zahlenverhältnis durchaus erkläre, warum in Moskau das Misstrauen gegen die beiden andern Siegermächte herrsche, und deshalb die Politik Stalins und Molotows so verbissen an der Festigkeit und Vervollständigung des «Puffergürtels» arbeite.

Nach der Unterbrechung der Aussenministerkonferenz bis zum 15. Juni ertönen aus Moskau Stimmen, die in der Tat vermuten lassen, der Kreml sei in erster Linie von dieser Furchtstimmung und von einem wachsenden Misstrauen bestimmt. «Die Angelsachsen wollen die Welt allein beherrschen»... so ungefähr schreiben die Zeitungen. USA und England stellen sich vor, dass sie den andern Staaten diktieren können. Sie verwerfen den russischen Plan, in Tripolitanien ein italienisches Treuhandregime zu errichten. Warum? *England schlägt die Schaffung eines «Gross-Libyen» vor, das heisst, es will sich einen neuen arabischen Vasallen erziehen. England und Amerika widersetzen sich der Einverleibung Triests in die jugoslawische Föderation, um den Slaven die ihnen gebührende Macht an der Adria vorzuenthalten. Sie verlangen für ihr Kapitel Zutritt auf dem Balkan und versuchen damit, die wirtschaftliche Unabhängigkeit dieser Staaten zu bedrohen.* In dieser Tonart werden die Bemühungen der Westmächte, die Anlehnung der sechs in Frage kommenden kleinen Staaten an die russische Wirtschaft zu durchkreuzen, kommentiert.

Es ist vielleicht gut, zu beachten, was *britische Labour-abgeordnete über Griechenland*, der britischen Schutzzone auf dem Balkan, erzählen. Hier haben bekanntlich die britischen Truppen verhindert, dass die «Elas»-Partei ähnlich wie ihre Brüder in den russisch-besetzten übrigen Staaten, ihre Linksdiktatur errichteten. Und wie sieht es nun dort aus? *Die Rechtsdiktatur ist Tatsache.* Mord und Totschlag wüten, und allenthalben fallen den Anschlägen monarchistischer und fascistischer Terrorgruppen die lokalen Führer der Linken zum Opfer. Alles unter dem Schutze der britischen Bajonette. Nicht dass es die Londonregierung so wünscht. Aber der verfolgte Teil ist russenfreundlich und würde, wenn er die Macht ergriffen hätte, mit seinen Gegnern genau so verfahren sein. Wer das überlegt, versteht, warum es Unsinn ist, diesen Völkern in ihrem heutigen Elendszustand die «westliche Demokratie» zu empfehlen. Erst wenn der letzte Grieche, der letzte Slave, Ungar und Rumäne wieder anständig essen und wohnen wird, reduziert sich die Zahl der terrorbereiteten Verzweiften auf jenes Minimum, dessen die Polizei Herr werden kann. Liesse man die Zügel locker, was käme heute dabei heraus? Die Russen befürchten mit Recht genau das, was die Engländer in Griechenland befürchten für den Fall des Besatzungsrückzuges: *Den Aufstand der Unterdrückten.* Sie können sich vorstellen, dass von Polen bis Bulgarien morgen «fascistische», d. h. aber nach dem Westen orientierte Regierungen ans Ruder kämen.

Man begreift nach und nach, warum es den Russen mit den Friedensverträgen nicht pressiert. Sie sagen sich: Jedes Regime kann sich mit der Zeit stabilisieren. Die neuen Regierungen werden sich einleben, wenn sie bei einem Minimum an Dummheiten der Volksmehrheit grössere Chancen zum Leben bieten, als sie früher besessen. Der Zeitgewinn zur Eingewöhnung dieser neuen Regierungen ist Molotow und Stalin bei weitem wichtiger als Friedensverträge, die den Westmächten Handhaben bieten, bis ans

Schwarze Meer hinüber Kapitalien zu investieren und damit Freunde und Interessenten zu werben. Man verwunderte sich also gar nicht darüber, wenn es in Paris kaum vorwärts gegangen und auch nach dem 15. Juni kaum viel weiter vorwärts geht. Den Russen pressiert etwas anderes als den Angelsachsen.

An der deutschen Frage

wird man vielleicht bald einmal noch deutlicher erkennen, in welchen Punkten die beiden Gegner sich nicht einigen können. Man stelle sich etwa folgendes vor: Die vier Besetzungsmächte würden sich über die *Verfassung des gesamten restlichen Reiches* einigen. Ein föderalistisches Deutschland, mit einer Zentralregierung — vielleicht in Frankfurt, würde geschaffen. Die Ruhr und die Saar kämen unter interkantonale Kontrolle. Mit der Zentralregierung würde ein Friedensvertrag abgeschlossen. In diesem Vertrag würde die «offene Tür» für die angelsächsische und russische Wirtschaft stipuliert, und auch die Franzosen, vielleicht alle UNO-Staaten würden frei sein, mit dem neuen Deutschland Handelsverträge abzuschließen. Es liegt auf der Hand, dass die grossen Kapitalmächte in London und Newyork sich mit allen Kräften einschalten und nach kurzer Zeit als die massgebenden Herren in der deutschen Wirtschaft, bis an die polnische Grenze, dastehen würden. Die Herren der Wirtschaft sind aber bekanntermassen auch politisch ausschlagend. Was heute unter dem Schutze der Besetzungstruppen vor sich geht, würde morgen im Schatten der Interessengruppen gesponnen. Der Friedensvertrag, oder auch nur ein modifizierter Waffenstillstandsvertrag mit wirtschaftlichem Durchdringungsrecht für die Westmächte im ganzen Reichsgebiet würde die Russen in ihrem Sektor an die Wand drücken.

Es sind darum die Russen, die keine Normalisierung wünschen und darum alles tun, um in ihrem Machtbereich eine Wirtschaft aufzubauen, welche sich soweit kräftigt, dass sie keine «westliche Kapitalhilfe» mehr nötig hat. Womöglich werden die Russen selbst einspringen. Und das um so sicherer, falls sie selbst einen amerikanischen Milliardenkredit bekommen könnten. Wir sind sogar überzeugt, dass die russische Zwanzig-Milliarden-Anleihe für den Wiederaufbau und den neuen Fünfjahresplan, die mit 4 Prozent verzinst wird und zum höheren Anreiz einen Lotterieschweif besitzt, nicht allein innerhalb der russischen Grenzen eingesetzt wird. Der Kreml wird von einer politischen Doktrin beherrscht, in welcher das Wirtschaftsdenken allem andern vorangeht. Die Ausschaltung jeder fremden Kapitalmacht innerhalb des russischen Bereiches ist A und O der Moskauer-Politik. Anleihen ausgenommen, die allenfalls dem Sowjetstaat selber vorgestreckt würden — und die aus genau denselben Gründen von Amerika kaum gewährt werden. Ueber die hohen russischen Zinssätze für die eigenen Sparer wird sich darum nur ein ganz Naiver wundern. Schlägt man damit den Gegner, der im Gelde schwimmt und darum nur 2,5 Prozent bezahlt, aus dem Felde, bevor durch Friedensverträge die Zustände in den besiegten Staaten «normalisiert» geworden, kann man damit zufrieden sein.

Russland hat offenbar auch die Hunger-Aktion der Westmächte unter diesem Gesichtspunkte behandelt. 10 Millionen Tonnen Getreide, so wurde bei Abschluss des britisch-amerikanischen Abkommens in Newyork mitgeteilt, sind vorhanden. Weitere 3,5 Millionen Tonnen müssten aufgebracht werden. Von Truman war ein Appell an Stalin gerichtet worden, Russland möge das Seine ebenfalls tun. Nun berichtet Moskau, dass es 600 000 Tonnen an Frankreich geliefert, 100 000 Tonnen an Finnland, 200 000 Tonnen Saatgut an Polen, 300 000 Tonnen plus 20 000 Eisenbahnwagen an Rumänien. Ueberdies müsste, falls in der Ukraine während der nächsten zwei Wochen kein Regen fälle, dieses wichtigste Produktionsgebiet der Union selber zum Hungergebiet werden.

Moskau sorgt also für sich und für die Gebiete, die es an sich ketten will, auch in der

momentanen Hungerfrage, so wie es in der Kapitalinvestitionsfrage auf weite Sicht die andern verdrängt. Man muss diese einheitliche Linie gut beobachten, wenn man die Ziele des Kremls verstehen will. Freilich: Die UNRRA hat den Russen in Ungarn und Jugoslawien vorgegriffen. Die russische Hilfe reichte einfach nicht so weit. Letzten Endes wird man in Rechnung ziehen müssen, dass die besten Korngebiete Europas, die russischen, fast ganz in deutschen Händen gewesen, dass sie 1943 erst zur Hälfte und dazu unfassbar verwüstet, wieder in russische Hand gerieten, die zweite Hälfte erst 1944. Im Sommer 1945 konnten sie sowenig wie das polnische Gebiet völlig wieder hergestellt werden. Dass die verwüstete russische Erde den nächsten Nachbarn mit 1,2 Millionen Tonnen zu Hilfe kommen konnte, während die übrigen fünf Sechstel der Erde zehn Millionen aufbrachten, will richtig gewürdigt werden. Die Russen standen wie die Amerikaner und Kanadier, wie die Engländer und Australier, in den Kriegsbetrieben und an der Front, und es waren ihre Gebiete, die vom Feinde ausgeplündert worden, nicht die der andern. Man muss gerecht sein und aus der russischen Ablehnung, sich an der Aktion gegen den Hunger zu beteiligen, nun nicht unter allen Umständen bösen Willen, Zynismus und «einen neuen Riss» in den Beziehungen ablesen. Gelingt es den andern, in ihren nicht verwüsteten Gebieten nach einem einzigen Jahre entsprechende Ueberschüsse zu produzieren, wie sie die Russen hervorgebracht, dann wird man wahrlich sagen können, dass es kein Hungergespenset mehr gebe.

Es ist nur schade, dass auch diese hochherzige — und dabei politisch so kluge britisch-amerikanische Aktion — ebenso wie die russischen Zuschüsse an die Nachbarn, automatisch zu politischen Manövern werden oder als solche gelten müssen. Man hat den Westmächten nicht vorgeworfen, dass sie sich mit dem Getreide die «Völker ihres Machtbereiches kaufen» wollten. Den Russen, die den Franzosen gegen Bezahlung lieferten, warf man das vor. Wir wissen nicht, ob auch Finn, Polen und Rumänien bezahlen, aber wir vermuten es. Die Hindus werden kaum bezahlen können, die Deutschen ebensowenig. Aber die Rettungsaktionen werden als «moralische Hypotheken» stehen bleiben, und der Westen erwartet bestimmt, dass sie sich lohnen.

Im übrigen taucht heute in London zum ersten Male der Plan auf, dem «russisch-besetzten Deutschland» und den einseitig russlandhörigen Balkanstaaten eine einheitlich organisierte Westzone, in welcher die Russen systematisch ausgeschlossen würden, entgegenzusetzen. Der eine Teil des Planes läuft auf die Zusammenlegung der britischen, amerikanischen und französischen Zone, ihre föderative Organisation unter einer Zentralregierung, hinaus. Sie müsste auf die russische Zone eine mächtige Anziehungskraft ausüben. Der andere Plan bekam zum ersten Male Gestalt, als sich der amerikanische Aussenminister Byrnes zur Drohung hinreissen liess, mit den Besiegten separate Friedensverträge abzuschliessen. Finnland, Rumänien, Ungarn und Bulgarien würden natürlich keinen solchen Vertrag unterschreiben, und Moskau protestiert heute schon gegen einen solchen Bruch der Abkommen von Jalta und Potsdam. Italien und West-Deutschland aber würden das können.

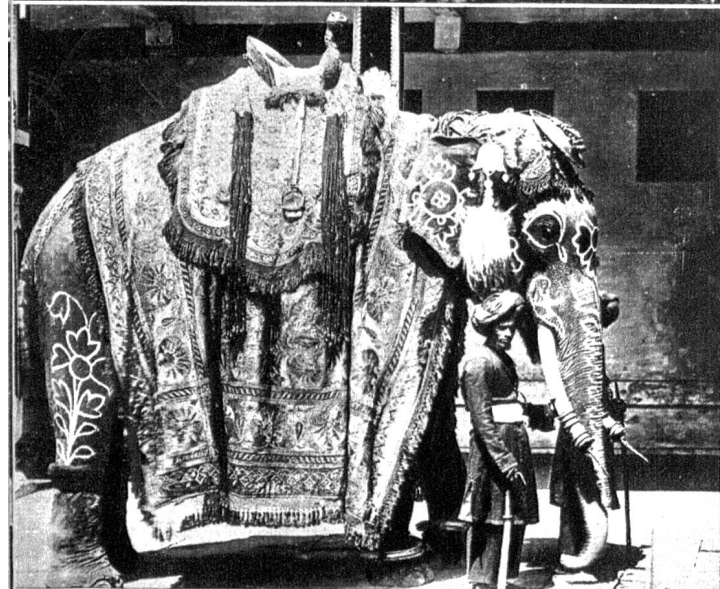
Der «Graben mitten durch Europa» wäre alsdann wirklich da, und man wüsste, wo die Grenzen zwischen dem «einen und den neun Zehnteln» der Weltbevölkerung hierzulande verliefen. Denkt man aber an Indien, China, Indonesien und an die Araber, die sich unter russischem Patronat zur «Liga-Konferenz» gegen die Palästinaabeschlüsse zusammenfinden wollen, dann zweifelt man daran, ob wirklich neun Zehntel der Völker sicher auf seiten der Angelsachsen stehen.

Bierquelle

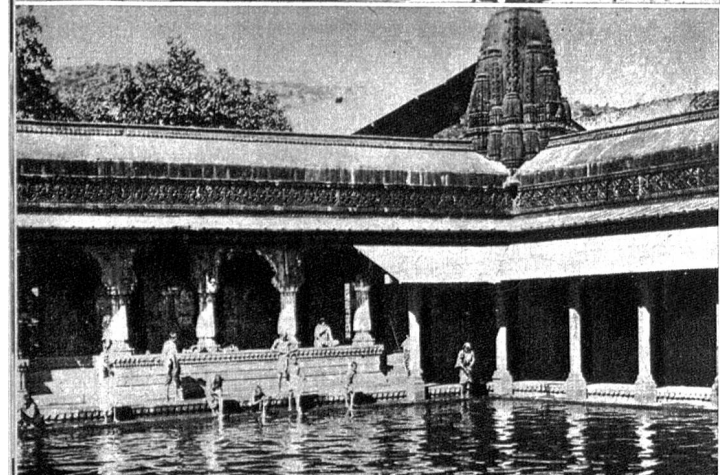
Casino



Oben: Teilansicht von Bombay, diese bedeutendste Hafenstadt Indiens bildet das Eingangstor zu der reichsten Kolonie Grossbritanniens



Links: Zahlreiche Fürsten besitzen in Indien grosse Ländereien, die sie unter englischer Vorrherrschaft ziemlich selbstständig verwalten. Unser Bild zeigt den für einen Ausritt geschmückten Elefanten des Maharadschas von Mysore



Rechts: Die Religion spielt in Indien selbst im politischen Leben eine äusserst wichtige Rolle. Unser Bild zeigt Vishnu, den alten Sonnengott des Hinduismus mit seiner Gattin Lakshmi (Figur aus dem 16. Jahrhundert). Er verkörpert heute den Erhalter

Links: Blick in einen indischen Tempel mit dem berühmten heiligen Bad

